



Rede vom 23.11.2008

<http://www.gesine-schwan.de/positionen/reden/rede-vom-23112008/>

Was hält die Gesellschaft zusammen?

Wie wollen wir in Zukunft Gerechtigkeit und Inklusion, Solidarität und Fortschritt erreichen? Gesine Schwan plädiert für die Freiheit, unser Schicksal als Bürgerinnen und Bürger wieder selbst in die Hand zu nehmen, für die Kraft der Zivilgesellschaft, Zusammenhalt zu organisieren.

Referat von Gesine Schwan auf der Bundeskonferenz der Arbeiterwohlfahrt (AWO) am 23. November 2008 in Berlin

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

was hält unsere Gesellschaft zusammen? Diese Frage ist zwar keineswegs neu, aber die Bedingungen, unter denen sie gestellt wird, wandeln sich ständig. Im Feudalismus waren es die gemeinsame Ackerscholle und die alle gleichmachende Untertanenschaft unter den Fürsten, die sozialen Zusammenhalt herstellten.

Im frühen Industriekapitalismus war es die von Millionen geteilte Erfahrung der Fabrikarbeit, die die Menschen zusammenschweißte. Und in den modernen Wohlfahrtsstaaten der Nachkriegszeit sorgte vor allem die Teilhabe an den Institutionen des Sozialstaats für Ausgleich, Gerechtigkeit und damit soziale Kohäsion.

Dies war freilich eine ganz andere Form von Sozialität als die urwüchsigen Formen des Zusammenlebens, welche die dörflichen Welten des 18. und 19. Jahrhunderts prägten. Der große Soziologie Theodor Geiger unterschied einst zwischen sozialen Bindungen erster und zweiter Ordnung. Die Bindungen erster Ordnung gründeten vor allem auf unmittelbarer Kenntnis der anderen – man sprach in der Dorfkneipe miteinander, traf sich bei Taufen, Hochzeiten und Beerdigungen. Soziale Bindungen zweiter Ordnung sind laut Geiger abstrakter: Bewohner einer Großstadt begegnen einander nicht mehr täglich, ihr Zusammenhalt ist diffuser, da er auf der gemeinsamen Zugehörigkeit zu bestimmten Institutionen – etwa der Sozialversicherung – und ähnlich strukturierten Arbeits- und damit Lebensverhältnissen basiert.

Die damit einhergehenden Veränderungen für den Charakter des sozialen Zusammenhalts hat in den 1960er Jahren scharfsinnig der damalige US-Präsident Lyndon B. Johnson erkannt. Er wollte die USA von einer great community, die sich noch am Ideal unmittelbarer Kommunikation der dörflichen townhall-Demokratie orientierte, zu einer great society transformieren, in der Gemeinsamkeit und Zusammenhalt nicht mehr durch unmittelbare Begegnung, sondern durch die Medien, durch geteilte Werte und durch den Staat vermittelt werden sollten. Die Expansion des Wohlfahrtsstaates erfolgte in dieser Zeit auch deswegen, weil er mehr und mehr zum

Vermittler zwischen den immer unüberschaubarer werdenden Lebenswelten der Bürgerinnen und Bürger werden sollte. Der Sozialstaat, der alle umfasste, war gerade in Europa seit den 1950er Jahren einer der wesentlichen Garanten von Zusammenhalt.

Heute ist all dies in Frage gestellt. Vielerorts ist der Staat auf dem Rückzug, die Globalisierung – und auch die Ideologie des Marktradikalismus – beraubt ihn seiner einstigen Macht. In Zukunft müssen wir, ob wir das wollen oder nicht, über die Stiftung von Gemeinsamkeit ohne umfassende Hilfe des Staates nachdenken. Wir tun dies unter schwierigen Bedingungen. Die rasanten Umbrüche, die mit dem Stichwort »Globalisierung« nur unzureichend beschrieben sind, die tiefgreifenden Umwälzungen in den Erwerbsbiografien und die Erfahrung der Massenarbeitslosigkeit erschüttern und verunsichern die Menschen in ihrem Alltag. Sie merken, dass viele alte Gewissheiten nicht mehr greifen, seit uns der kalte Wind des globalisierten Marktes ins Gesicht bläst.

Der Ausweg aus diesem Dilemma kann nur darin bestehen, dass wir unser Schicksal als Bürgerinnen und Bürger wieder selbst in die Hand nehmen. Darin liegt auch eine Chance. Als freie Menschen können wir uns ohne Zwänge fragen: Wie wollen wir in Zukunft Gerechtigkeit und Inklusion, Solidarität und Fortschritt erreichen? Wie gestalten wir eine lebenswerte Gesellschaft, die nicht ausgrenzt und in der die Fähigkeiten aller am besten zur Geltung kommen? Wie können wir Leistung abrufen, ohne die, die weniger leisten können, zu überfordern?

Ich glaube, dass wir als Zivilgesellschaft die Kraft haben, Zusammenhalt auch ohne die umfassende Hilfe des Staates zu organisieren. Wenn wir dies denn wollen. Dabei kommt es auf jede einzelne Person an, nicht nur auf soziale Gruppen, nicht auf besondere Schichten, sondern auf jeden Einzelnen, und zwar so wie er im lokalen, regionalen, nationalen, europäischen und globalen Zusammenhang steht und lebt.

Ich will im Folgenden drei Begriffe benennen, ohne die es meiner Meinung nach gar nicht geht. Diese heißen Inklusion, Engagement und Aufmerksamkeit für den anderen.

Lassen Sie mich zum besseren Verständnis eine kleine Geschichte aus meinem Leben erzählen: Meine Mutter war von Beruf Fürsorgerin, mein Vater Lehrer, später Oberschulrat, und eine Maxime ihrer gemeinsamen Erziehung von uns Kindern lautete: Schaut Euch um, seid aufmerksam, nehmt wahr, wie es den Leuten um Euch herum geht! Aus der Distanz betrachtet, würde ich sagen, dass vor allem meine Mutter das lebte, was wir heute „Inklusionsprinzip“ nennen und Gottseidank mehr und mehr zu einem Maßstab von gelungener Politik machen: Niemanden draußen lassen! Aufpassen, dass niemand beiseite stehen muss! Es war sicher diese Grundhaltung, wegen der sich meine Eltern dafür entschieden, im letzten Kriegsjahr ein jüdisches Mädchen bei uns zu Hause zu verstecken. Die gleiche Haltung, dieses unmittelbare Mitgefühl, brachte meine Mutter Anfang der 1950er Jahre dazu, spontan eine junge Frau aus Schlesien bei uns aufzunehmen. Meine Mutter sah sie bei einer Schultheateraufführung hemmungslos weinen – nach siebenjähriger Gefangenschaft in der Sowjetunion hatte sie ausgerechnet dort an diesem Abend zum ersten Mal ihre Tochter wieder getroffen. Ihre Familie zog zu uns – wir hatten eine Zweieinhalb-Zimmer-Wohnung in Berlin und zwei kleine zusätzliche Räume – und lebte über ein Jahr lang bei uns.

Ein solches Sich-Aufschließen für andere, ein Verantwortungsgefühl für mehr als nur die eigenen Belange – das habe ich von und mit meiner Mutter gelernt. Sie war eine

wunderbare Trösterin. Und sie konnte mit jedem zusammen sein. Alles Schichten-spezifische, jeder Standesdünkel war ihr fremd und zuwider: ein sehr sozialdemokratisches Grundgefühl, das sie meinem Bruder und mir mitgegeben hat.

Meine Mutter lebte uns auch vor, was Engagement heißt: nach dem Krieg versuchte sie in mehreren Anläufen, neue Parteien zu gründen – nicht sehr erfolgreich, aber mit hohem persönlichen Einsatz. Als Kinder waren mein Bruder und ich darüber durchaus nicht nur glücklich: Ihre Aktivität bedeutete ja auch, dass sie häufig keine Zeit für uns hatte – und leider neigte sie zum Zu-spät-Kommen, was ich entsetzlich fand, als ich klein war. Aber davon abgesehen oder darüber hinaus war da immer das Vorbild, das Lebensgefühl großer, wacher und freundlicher Aufmerksamkeit für den anderen.

Ich bin der Überzeugung, dass gerade diese Aufmerksamkeit für den Nächsten – welche ja auch eine fundamentale Regel des Christentums, des Judentums und des Islams ist – in Verbindung mit Verantwortungsgefühl und Engagement unsere Gesellschaft zusammenhält. Dies gilt nicht nur für den privaten Bereich, sondern gerade auch für den politischen, denn das Private lässt sich nicht vom Politischen, von der Ordnung der öffentlichen Angelegenheiten trennen.

Hier sehen wir auch, dass das Politische zur Zeit keineswegs auf dem Rückzug ist, sondern dass – im Gegenteil – der Rückzug des Staates aus vielen Bereichen politische Räume eröffnet, die wir als selbstbewusste Zivilgesellschaft füllen müssen.

Worum muss es in einer aufgeklärten Bürgergesellschaft gehen? Der Bürgergesellschaft liegt der wichtige Gedanke zugrunde, dass nicht der Staat der Gesellschaft die Richtung vorgibt, sondern dass die Gesellschaft den Staat als ein Instrument begreift, um ihre Angelegenheiten zu regeln.

Deshalb geht es auch nicht um Zivilgesellschaft statt Staat, sondern um ein kooperatives Miteinander verschiedener Formen gesellschaftlicher Steuerung. Allzu oft wird der Diskurs um die Bürgergesellschaft nämlich auch missbraucht, um staatliches Handeln zu delegitimieren. Das ist ein politisch-ideologischer Irrweg. Wir brauchen den Staat – und zwar nicht nur zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit, sondern auch in der physischen Daseinsvorsorge und in allen Belangen, in denen Fragen des Gemeinwohls zu regeln sind. Der Staat bietet hier die robustesten Lösungen für die öffentliche Daseinsvorsorge und die Sicherung des Zugangs zu den öffentlichen Gütern. Auch die europäischen Sozialstaatsmodelle haben den Staat stets als Instrument der Gesellschaft begriffen und sind nicht zuletzt deshalb immer ein besonderer Garant für gesellschaftliche Solidarität geblieben. Aber wir müssen permanent prüfen, was die Gesellschaft besser regeln kann. Für mich ist die Zivilgesellschaft der eigentliche Ort der sozialen Teilhabe.

Damit sind wir bei uns selber und den eigenen Defiziten. Was wir in diesem Land dringend brauchen, ist eine den gegenwärtigen Herausforderungen gewachsene Bürgergesellschaft, die den Staat von manchen Aufgaben entlastet – dass dies nicht nur notwendig, sondern in manchen Bereichen auch gewollt ist, muss man klar sagen – , die durch vertrauensvolle Kooperation unnötige Reibungsverluste vermeidet, die sich kümmert und verständigt, nicht dauernd zum Gericht rennt, nicht immer nur anfragt oder erwartet, sondern selbst handelt. Und eine solche Gesellschaft braucht Bürger, die selbstsicher, offen, ebenso vertrauensvoll wie fähig zur Kontrolle, unabhängig genauso wie bindungsfähig, rational argumentierend wie einfühlsam sind.

Hier sind also wir alle und jeder einzelne von uns gefragt. Denn nur auf den ersten Blick herrscht beim Thema Bürgergesellschaft in Deutschland große Einigkeit: Politik, so die einhellige Auffassung, kann nicht alle anstehenden Probleme alleine lösen. Wir brauchen mehr Bürgerengagement. Wir müssen uns selbst in Bewegung setzen, wenn wir Bewegung in unser Land bringen wollen. So oder so ähnlich lauten die gängigen Aufforderungen.

Aber unter der Oberfläche hat die bürgergesellschaftliche Einigkeit in unserem Land schnell ein Ende. Bürgergesellschaft und Bürgerengagement sind in Deutschland eben noch keine Selbstverständlichkeiten. Weder historisch noch aktuell.

Dies ist einer der Gründe, warum ich heute, am heiligen Sonntag, gerne zu Ihnen gekommen bin. Denn die AWO ist für mich eine der ganz wichtigen und traditionsreichen Institutionen der Zivilgesellschaft, der ich ausdrücklich eine mindestens ebenso lange Zukunft wünschen möchte, wie sie Vergangenheit hat.

Allerdings wird die AWO der Zukunft eine andere sein als die AWO der Vergangenheit. Denn in den vergangenen Jahren ist deutlich geworden, dass wir Zukunft nur jenseits der alten nationalstaatlichen Schemata haben. Ursächlich ist hierfür vor allem die Globalisierung, in deren Verlauf wirtschaftliche Zusammenhänge zunehmend den Regulierungsmöglichkeiten des Staates entwachsen. Hier stehen wir vor der Aufgabe, eine neue „governance“ zu ermöglichen, durch die und in der politische Ansprüche nach wie vor artikulierbar und durchsetzungsfähig bleiben. Zivilgesellschaftliche Initiativen sind angesichts der rasanten Veränderungen in der Vergangenheit oft schneller und effektiver gewesen, wenn es darum ging, den Primat des Politischen zu behaupten und legitime Interessen zu verteidigen.

Weil sich um uns alles ändert, müssen sich auch die traditionellen Institutionen der Zivilgesellschaft und damit auch die AWO ändern. Die Professionalisierung ehrenamtlicher wie auch hauptberuflich ausgeübter gesellschaftlicher Arbeit gehört für mich integral dazu. Deshalb begrüße ich ausdrücklich den Schritt, den die AWO gegangen ist, die eigene Arbeit zu hinterfragen und auf der Grundlage einer gründlichen Analyse Qualitätsstandards zu entwickeln, die helfen sollen, das bürgerschaftliche Engagement zu fördern und zugleich – ganz im Sinne der Kooperation von Staat und Zivilgesellschaft – kooperative Arbeitsprozesse zwischen Hauptamtlichen und Freiwilligen zu organisieren.

Keine Frage: zwischen Staat und Zivilgesellschaft besteht nicht nur Kooperation, sondern auch ein beständiges Spannungsverhältnis, und ich begrüße dies ausdrücklich. Bestünde es nicht, wären wir auch in der Demokratie nur Untertanen und staatlichen Weisungen und Deutungen alternativlos ausgesetzt. Doch ganz ohne Staat kann die Zivilgesellschaft nicht bestehen. Sie muss beständig ermuntert und aktiviert werden, sie darf sich dabei aber nicht unterordnen.

In meiner Münchner Rede vor einigen Wochen habe ich gesagt: „Ein Maß Skepsis gegenüber staatlichen Regeln tut uns allen gut und ich sehe auch heute, in der Demokratie, so manche Infragestellung staatlich gesetzter Regeln durchaus unter dem Aspekt, dass sich hier eine lebendige Zivilgesellschaft unzureichend begründeten Kontrollansprüchen selbstbewusst widersetzt. Dies zeigt mir, dass wir eine Bürgergesellschaft haben, die – wenn es hart auf hart kommt – Willkürhandlungen zu widerstehen vermag.“ Bei dieser Meinung bleibe ich.

Wie aber dann das Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft regeln? Ganz im Sinne eines Goethe-Wortes meine ich, dass die Regierung die beste ist, „die uns lehrt, uns selbst zu regieren“. Hier kommen Einrichtungen wie die AWO und die Wohlfahrtsverbände ins Spiel, die man soziologisch als „intermediäre Institutionen“ bezeichnen könnte. Sie empfangen Geld vom Staat – nicht als einzige Einnahmequelle, aber auch – und investieren es nach eigenen, von ihnen formulierten Kriterien in bürgerschaftliches Engagement. Zwischen den Staat als zentralem Verwalter der gesellschaftlichen Ressourcen und der Gesellschaft wird so ein Puffer geschaltet, der verhindert, dass die Menschen direkt am staatlichen Tropf hängen. Das finde ich eine hervorragende Konstruktion und wünsche mir, dass sie Schule macht.

Denn wenn wir verhindern wollen, dass unsere Gesellschaft angesichts der großen Herausforderungen auseinander bricht, müssen wir auch Gemeinsinn organisieren, und dies lässt sich nicht staatlich verordnen. Das Besondere an der „Ressource“ Solidarität ist ja gerade, dass sie sich aus sich selbst heraus entwickeln muss. Also brauchen wir Freiräume, die materielle wie ideelle Freiheit schaffen, denn sie sind die Voraussetzung dafür, dass sich Gemeinsinn entfalten kann.

Ich komme zu einem anderen Thema: In der Debatte um die Bürgergesellschaft darf man nicht nur auf die Verbände und Vereine zu schauen. Mindestens ebenso wichtig sind die sozialen Mikro-Netzwerke, die eine Gesellschaft zusammen halten. Insbesondere denke ich dabei an die Familien. Hier möchte ich einen Punkt erwähnen, der mir besonders am Herzen liegt: die Entzerrung von Familienzeit und Karrierhöhepunkt. Diese Entkoppelung brauchen wir dringend, damit Eltern wieder Zeit für ihre Kinder haben. Es kann nicht so bleiben, dass junge Elternschaft und Höhepunkt der Karriere in dasselbe Lebensalter zwischen dem 25. und dem 40. Lebensjahr fallen. Eines bleibt dann immer auf der Strecke: die Kinder oder die Arbeit. Deshalb müssen wir abrücken von dem Irrglauben, alle Karrierhöhepunkte schon bis 40 erreicht haben zu müssen. Auch mit 50 oder 60 kann man nicht nur weiter lernen, sondern besitzt zudem ein Erfahrungswissen, das jugendlicher Intelligenzschnelle oder Experimentierfreude durchaus ebenbürtig oder sogar überlegen sein kann. Deswegen mein Plädoyer: erst die Kinder, dann die Karriere – und zwar für Mütter und Väter! Familienunterstützende Maßnahmen, wie sie die AWO bietet, werden übrigens auch nach einem solchen Paradigmenwechsel noch sehr willkommen sein!

Intakte partnerschaftliche Familien gehören zum Zellkern einer erstarkenden Bürgergesellschaft. Wer schon von Kindesbeinen an Verantwortung und Vertrauen lernt, der wird auch eher bereit sein, diese in sozialen Beziehungen weiterzugeben. Nirgendwo sonst wird gesellschaftlicher Zusammenhalt so sehr gestärkt – oder, wenn es schlecht läuft, auch zerstört –, wie in der Familie. Nirgendwo findet die Vermittlung zentraler demokratischer Werte so intensiv statt.

Neben Familien können und müssen aber auch Kindergärten, Schulen und Hochschulen diesen Bürgersinn der Offenheit, des mitmenschlichen Interesses und der Bereitschaft, selbst etwas zu tun, vermitteln.

Ein Wandel weg von verdruckst-verdrossenem, autoritätsfixiertem oder desinteressiertem Ohne-Mich hin zu einer Kultur der Zuständigkeit wird nicht über Nacht gelingen, er wird nicht spektakulär eines Morgens eingetreten sein, sondern sich graduell, kaum merklich, vollziehen. Aber trotzdem wäre es gut, wenn diejenigen, die junge Menschen erziehen, sich immer wieder fragen würden: Wozu erziehe ich da eigentlich? Und wenn sie von dem Pathos, einen freien, selbstbewussten und

mitfühlenden Staatsbürger zu erziehen, immer aufs Neue ein wenig ergriffen wären, würde das überhaupt nichts schaden.

Was dazu nötig ist, ist Vertrauen. Nur wer Vertrauen hat, kann sich für Neues öffnen und ist dazu bereit, über seine eigenen Belange hinauszugehen und sich auch für seine Mitmenschen einzusetzen. Nur die Erfahrung gegenseitiger Verlässlichkeit und Fairness setzt jene Flexibilität und Kreativität frei, die für eine bürgerschaftlich engagierte Zivilgesellschaft nötig ist. Menschen brauchen Grundvertrauen sowohl für die mutige Gestaltung ihres privaten Lebens als auch für das Gelingen eines freiheitlichen Gemeinwesens. Vertrauen ist die kulturelle Nahrung, ohne die eine Demokratie verkümmert, ohne die sich die Bürger und Interessengruppen gegenseitig im Wege stehen und blockieren, anstatt die Kraft zur Gemeinsamkeit aufzubringen und etwas zu ihrem gemeinsamen Wohl aufzubauen.

Vertrauen verlangt ganz wesentlich die Zuversicht in eine offene Zukunft. Die kann man nicht herbeireden, die muss man praktisch erfahren. In meiner Rede am 9. November 2008 habe ich darüber gesprochen, dass wir Zukunft gewinnen, indem wir aus Vergangenheit lernen. Dazu habe ich gesagt, dass wir in einer pluralistischen Gesellschaft nicht mehr nur über „eine“ Vergangenheit sprechen können, sondern die vielfältigen Vergangenheiten in den Blick nehmen müssen – ostdeutsche, westdeutsche und migrationsgeprägte, aus denen schließlich auch vielfältige Gegenwarten entstehen.

Deswegen brauchen wir die Bereitschaft, aus der Enge unseres Blickwinkels hervorzutreten, uns an die Stelle der Anderen zu setzen, ihnen zugewandt und neugierig zuzuhören, das Gemeinsame im Verschiedenen zu suchen und auf diese Weise neue Freunde zu gewinnen. Halten wir uns daran, dann bauen wir Brücken in unserem Land, dann haben wir für die Zukunft das Wichtigste gelernt: das was Kant in seiner „Kritik der Urteilskraft“ als die drei Maximen für den Gemeinsinn formuliert: Kant fordert „Selbst denken!“ als Ausdruck freiheitlicher Selbstbestimmung, „Jederzeit mit sich einstimmig denken!“ als Voraussetzung gesellschaftlichen Zusammenhalts in verlässlicher persönlicher Identität und „Jederzeit an der Stelle des anderen denken!“ als Maxime der Gerechtigkeit in der solidarischen Zuwendung zu unseren Mitbürgern.

Damit hat Kant schon vor über zweihundert Jahren fast alles gesagt, was zum Thema Gemeinsinn und Zusammenhalt zu sagen ist. Für mich bedeuten seine Maximen: Wer will, dass alle am Fortschritt unserer Gesellschaft teilhaben können, der muss Eigenverantwortung und Freiheit genauso stärken wie die Kräfte des Gemeinsinns. Das eine ist ohne das andere nicht zu bekommen. Wir müssen frei und selbstbestimmt zu der Einsicht kommen, dass wir gemeinsam mehr erreichen.

Die Richtung dabei ist klar: „Beweg' Dich!“ – und zwar auf die anderen zu! Das muss das Gebot der Stunde sein.